



Beratung	Datum	Behandlung	Ziel
Verkehrsausschuss	14.11.2019	öffentlich	Beschluss

Betreff:

**Nordspange: Streichung des Projekts aus dem Bundesverkehrswegeplan
hier: Antrag der Stadtratsfraktion Bündnis90/Die Grünen vom 24.07.2019
Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 01.08.2019**

Anlagen:

Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 01.08.2019
Antrag_Nordspange_Die Grünen

Sachverhalt (kurz):

Die Stadtratsfraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen fordern in ihren Anträgen, dass sich die Stadt Nürnberg bei der Bundesregierung und dem Freistaat Bayern dafür einsetzt, die Nordanbindung des Flughafens an die BAB A3 nicht weiterzufolgen und das Projekt aus dem Bundesverkehrswegeplan zu streichen.

Bereits nach der Beschlussfassung des Stadtrates vom 25.06.2014, bei dem sich die Mehrheit der Stadträte gegen die Weiterverfolgung des Projektes ausgesprochen hat, hat die Stadt Nürnberg den Beschluss dem Bayerischen Staatsminister Herrmann sowie dem damaligen Bundesverkehrsminister Dobrindt schriftlich zur Kenntnis gegeben und die Argumente gegen das Projekt ausführlich dargestellt.

Da der Bau der Nordanbindung laut Gutachten zu einer Verkehrszunahme im gesamten Nürnberger Norden führen würde, gleichzeitig aber das Ziel besteht, den Kfz-Verkehr in der Stadt zu reduzieren und auf andere Verkehrsarten zu verlagern, wäre die Realisierung der Nordanbindung nicht zu rechtfertigen. Auch vor dem Hintergrund der bundesweit propagierten Verkehrswende wäre die Weiterverfolgung des Projektes kontraproduktiv. Die Verwaltung schlägt vor, mit einem erneuten Schreiben an das Bundesverkehrsministerium die Aufgabe des Projektes und seine Streichung aus dem Bundesverkehrswegeplan zu fordern.

1. Finanzielle Auswirkungen:

- Noch offen, ob finanzielle Auswirkungen

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

(→ weiter bei 2.)

- Nein (→ weiter bei 2.)

- Ja

- Kosten noch nicht bekannt

- Kosten bekannt

<u>Gesamtkosten</u>	30.000 €	<u>Folgekosten</u>	€ pro Jahr
		<input type="checkbox"/> dauerhaft	<input type="checkbox"/> nur für einen begrenzten Zeitraum
davon investiv	30.000 €	davon Sachkosten	€ pro Jahr
davon konsumtiv	€	davon Personalkosten	€ pro Jahr

Stehen Haushaltsmittel/Verpflichtungsermächtigungen ausreichend zur Verfügung?
 (mit Ref. I/II / Stk - entsprechend der vereinbarten Haushaltsregelungen - abgestimmt, ansonsten Ref. I/II / Stk in Kenntnis gesetzt)

- Ja
- Nein

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

2a. Auswirkungen auf den Stellenplan:

- Nein (→ weiter bei 3.)

- Ja

- Deckung im Rahmen des bestehenden Stellenplans

- Auswirkungen auf den Stellenplan im Umfang von Vollkraftstellen (Einbringung und Prüfung im Rahmen des Stellenschaffungsverfahrens)

- Siehe gesonderte Darstellung im Sachverhalt

2b. Abstimmung mit DIP ist erfolgt (Nur bei Auswirkungen auf den Stellenplan auszufüllen)

- Ja
 Nein

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

3. Diversity-Relevanz:

- Nein
 Ja

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

4. Abstimmung mit weiteren Geschäftsbereichen / Dienststellen:

- RA** (verpflichtend bei Satzungen und Verordnungen)

Beschlussvorschlag:

Der Verkehrsausschuss beauftragt die Verwaltung, ein Schreiben an das Bundesverkehrsministerium und an den Freistaat Bayern zu schicken, mit dem die Stadt Nürnberg fordert, die Nordanbindung des Flughafens an die Bundesautobahn A3 nicht weiterzuverfolgen und das Projekt aus dem Bundesverkehrswegeplan zu streichen.